Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 14

Artikel: Auf Prager Zeitungsredaktionen : Gespräche mit Kollegen

Autor: Brügger, Christian

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076557

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Auf Prager Zeitungsredaktionen

Gespräche mit Kollegen

Von Christian Brügger

Ende Juni ist in Prag die Pressefreiheit auch formell bestätigt worden. Mitten in einer neuerdings wieder auf Hochtouren laufenden sowjetischen Kampagne gegen «antisozialistische Tendenzen» in den tschechoslowakischen Massenmedien und kurz vor den kaum getarnten Interventionsdrohungen der höchsten Moskauer Stellen hat das Parlament eine Novelle zum Pressegesetz angenommen, mit welcher die Vorzensur endgültig abgeschafft wird. Nur durch externen Druck wird diese Errungenschaft wieder rückgängig gemacht werden können, die das Ergebnis eines internen Druckes ist, der nicht erst dieses Jahr eingesetzt hat.

Im Lande der neuen Pressefreiheit lohnt es sich, mit Leuten, die jetzt in ihrem Genuss sind, darüber zu reden, wie es dazu gekommen ist, was die Aussichten zu ihrer Beibehaltung sind und was die Journalisten daraus zu machen gedenken.

Meine Gespräche mit Prager Kollegen führte ich zu einer Zeit relativer aussenpolitischer Entspannung. Die Entwicklung nach Kossygins Besuch zeuge für Einvernehmen zwischen UdSSR und CSSR, versicherte der Sprecher des ZK-Pressedepartementes, Josef Tichy. Auch war das Zentralkomitee-Plenum unmittelbar vor Pfingsten in der Sowjetunion und sogar in der DDR mit nüchternen und unpolemischen Berichterstattungen zur Kenntnis genommen worden, obwohl dort die im In- und Ausland gefürchtete Gegenoffensive der konservativen Kräfte offensichtlich gescheitert war. Man hatte gegen ihren Willen einen ausserordentlichen Parteikongress auf September angesetzt, der die Ausbootung zahlreicher Novotny-Anhänger aus dem ZK mit sich bringen würde, man hatte den ehemaligen Parteichef samt einigen seiner Paladine in der Parteimitgliedschaft suspendiert, man hatte zuhanden des Parlamentes das Rehabilitierungsgesetz und die Abschaffung der Vorzensur empfohlen. Daneben war freilich etwa von der Wiederzulassung der Sozialdemokratischen Partei (siehe dazu die Untersuchung von Laszlo Revesz in dieser und der letzten Nummer) «abgeraten» worden, aber diese Absage an eine formalisierte Zukunftsopposition hatte nicht verhindert, dass die sehr viel realere, wenn auch parteiinterne Opposition der gestrigen Machthaber den Tag verloren hatte. Und für einige Zeit nun schien es (was sich inzwischen als Trugschluss erwiesen hat), dass sich auch das bewusste Ausland damit abgefunden habe. Parlamentspräsident Smrkovsky kam aus Moskau zurück, wo er beruhigende (wenn auch für den Geschmack von «Literarni Listy» schon reichlich stramm tönende) Zusicherungen abgegeben hatte, und gab erneute beruhigende Zusicherungen in Prag.

Sinn für Proportionen

Indessen will das alles nicht heissen, dass ohne die sowjetische Versteifung in der Tschechoslowakei sonst eine euphorische Stimmung aktuell wäre. Das völlig neue Demokratie- und Sozialismus-Gefühl mag bis zum März/April seine Ausgelassenheit gehabt haben, aber inzwischen hat der Sinn für Proportionen ohnehin überhand genommen, nicht zuletzt für die eindrücklichen Proportionen der Probleme, denen die CSSR gegenübergestellt ist. Das gilt auch bezüglich der Pressefreiheit, die man nicht länger nur als Tanzpartner betrachtet, sondern als Lebenspartner.

Unter den vielen Blüten des Prager Frühlings war die plötzlich aufgegangene der Meinungsfreiheit gewiss eine der leuchtendsten. Natürlich wuchs sie auf dem gleichen fruchtbaren Grund der Bedürfnisse sozialer, wirtschaftlicher, nationaler und politischer Art auf wie alle anderen Triebe (personelle Ablösung, Reformen, Föderation usw.), von denen sie nicht zu trennen ist. Aber sie hat — und das ist nicht zu vergessen — ihre eigene Wurzel.

«Kleine Freiheit» 1963—1967

Schon fünf Jahre lang hatte die «kleine Freiheit» gerade auf dem Gebiet der öffentlichen Meinungsäusserung in der Tschechoslowakei Fortschritte gemacht, die grössten und die nachhaltigsten von Osteuropa. Seit 1963 waren die «Progressiven» in der Offensive, die sie im grossen und ganzen mit erstaunlicher Regelmässigkeit führten, obwohl es das Regime nicht an Massnahmen fehlen liess, die sie aufhalten sollten. Die Kulturpresse, zunächst vor allem die der Slowakei, begann an Tabus zu rütteln, Radio Prag und etwas später auch das Fernsehen gingen in ihren Diskussionen von Nuancen zu Differenzierungen und schliesslich zu Meinungsunterschieden über. Immer mehr Zeitungen liessen wenigstens sporadisch zweifelnde oder fordernde Beiträge erscheinen. Die neuen Kräfte wandten die eminent leninsche Empfehlung «einen Schritt zurück, zwei Schritte vor» zu ihren eigenen Gunsten an. Der Apparat zeigte demgegenüber seine Unsicherheit, dass er einmal Ballast abwarf und dann wieder zurückschlug. Was aber im Hradschin jeweils als geschicktes Lavieren gewertet werden mochte, erwies sich letzten Endes als untaugliche Linie. Als Novotny sich letztes Jahr nach dem Schriftstellerkongress zum Durchgreifen entschloss, löste er einen landesweiten Solidaritätsreflex mit den Betroffenen und in der Folge seinen eigenen Sturz aus.

Die Liberalisierung, die in der CSSR zwischen 1963 und 1967 stattfand, schaffte deshalb echte Grundlagen, weil sie — im Unterschied zu anderen Volksdemokratien — nicht von oben dekretiert, sondern von unten ertrotzt wurde.

Der Sieg über die Zensur ist im Jahre 1968 erfochten worden, aber erst nach einem Kleinkrieg, der jahrelang gedauert hatte. Die Kulturpresse hatte ihn exponiert geführt, aber sie hatte ihre bescheideneren Helfer, die nach ihren Möglichkeiten, ihren Fähigkeiten und nach ihrem Mut in unterschiedlicher Weise dazu beitrugen, die Lage reif zu machen.

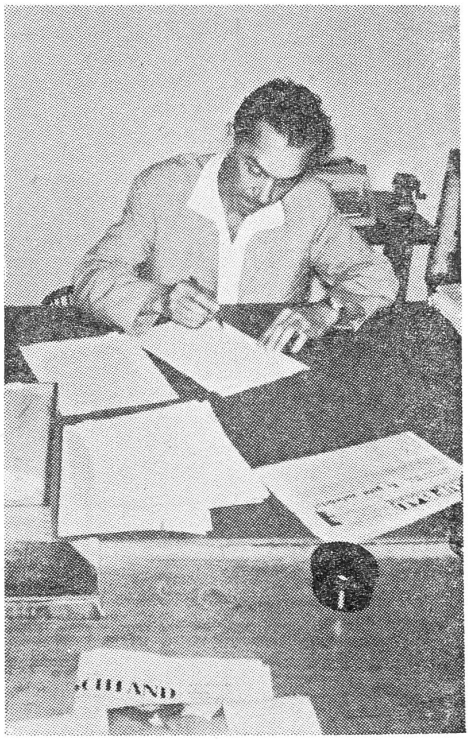
«Bei uns war nur die Presse reaktionär, die Journalisten aber waren fortschrittlich.» So charakterisiert Vojmir Simonek, Chefredaktor der deutschsprachigen Prager «Volkszeitung», die Situation zur Zeit Novotnys. Natürlich liesse sich beifügen, dass sich manche Journalisten mit der reaktionären Presse recht gut abzufinden verstanden, aber grosso modo hat die Feststellung schon ihre Gültigkeit. Im gegebenen Fall übrigens auch bei jener Wochenschrift (die demnächst Tageszeitung werden soll). Denn die «Volkszeitung» hatte schon zu Novotnys Zeiten etwas mehr getan als der Durchschnitt, etwa mit der regelmässigen Veröffentlichung von Beiträgen des Wissenschafters Radoslav Selucki, dessen auch der UdSSR gegenüber kritische Stimme damals der KP-Führung nicht genehm war, so dass sich ihr auch die meisten Zeitungen verschlossen.

Natürlich stellt sich hier die Frage, wieso denn die Zensur missliebige Dinge durchliess, und warum gerade bei dieser Zeitung und nicht bei jener. Auslandsredaktor Karl Forster hat für die «Volkszeitung» eine spezifische Erklärung: «Die Beamten der Zensur verstanden eben die deutsche Sprache schlecht und liessen dann die Dinge durch.»

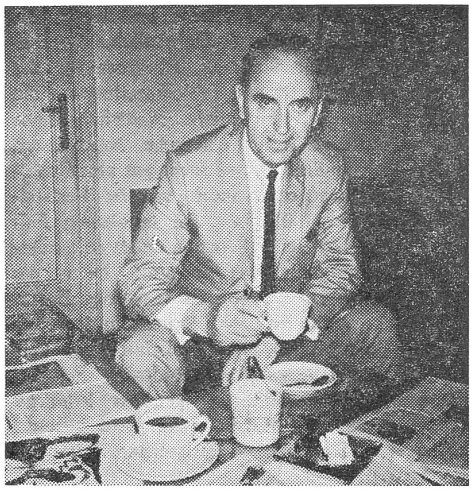
Der vernünftige Zensor

Die Deutung hat den Nachteil, nicht übertragbar zu sein, wo es sich um tschechische Massenmedien handelt, die zum Teil ebenfalls schon relativ früh sporadisch oder sogar regelmässig nonkonformistische Ansichten verbreitet hatten. So etwa Radio Prag, das wir im «Klaren Blick» in Hinsicht auf ein Gespräch am runden Tisch schon 1963 als Pulverfass bezeichnet hatten.

Bedrich Utitz, Sendeleiter der deutschsprachigen Dienste, meint, keineswegs mit ausschliesslichem

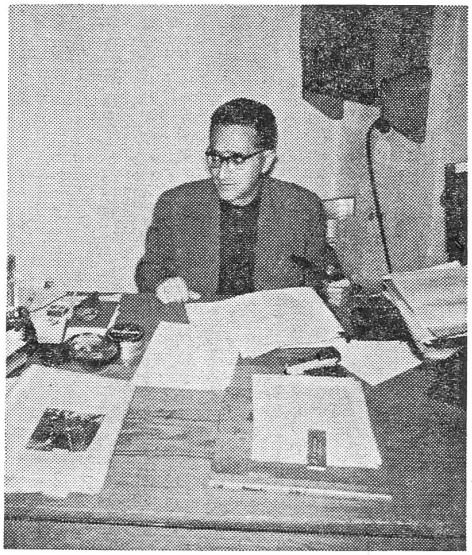


«Volkszeitung»-Auslandsredaktor Karl Forster: Sprachliche Korrekturen an Prager Manuskripten, inhaltliche Korrekturen an Ostberliner Zeitungen.



«Volkszeitung»-Chefredaktor Simonek: «Bei uns war nur die Presse reaktionär; die Journalisten waren progressiv.»

«Dikobraz»-Redaktoren Johanis (mit Brille) und Motycka: «Der vorletzte Zensor hatte uns manchen guten Tip gegeben, wie man die Zensur überlisten könne.»



Bedrich Utitz, Radio Prag: «Ob ich die führende Rolle der Partei an meinem Arbeitsplatz verwirkliche, entscheiden die Parteilosen, die ich überzeugen kann oder nicht.»

Bezug auf sein Ressort, dass es auch in der Zensur selbst vernünftige Leute gegeben hatte, «obwohl ich nicht verstehe, wie ein vernünftiger Mensch zur Zensur gehen kann». So sei es jeweils sehr stark auf den einzelnen Mann angekommen. Es habe Zensoren gegeben, die einen Text einfach kurz und bündig verboten hätten, aber auch andere. «Kinder, lasst doch das!», habe einmal einer gesagt. «Damit bekommen wir alle zusammen nur Schwierigkeiten. Aber wenn ihr das besser so und so formuliert, sagt ihr doch im Effekt genau das gleiche, und niemand wird den Vorwand zum Stänkern haben.»

Natürlich, eine reine Idylle war die Koexistenz mit der Zensur doch nicht. So wurden etwa allein im Jahr 1963 fünf Chefredaktoren von Radio Prag entlassen. Utitz selber war einmal ein halbes Jahr arbeitslos, weil er sich zu weit auf die Aeste hinausgelassen hatte. Allerdings seien auch die Entlassungen für die Betroffenen nicht unbedingt die Katastrophe gewesen. Der Autoritätsschwund des Regimes habe sich deutlich bemerkbar gemacht, als die gemassregelten Redaktoren immer mehr einfach verschoben wurden und bei ungefähr vertauschten Stellen die gleiche Uebung weitermachten, nämlich: «Immer ein kleines Stückchen weiter als die offizielle Linie.»

Mit Radio Prag sei es übrigens so gewesen, sagt J. Budin, der neue Chefredaktor von «Reporter» (Zeitschrift des Journalistenverbandes): «Konformistisch um 7 Uhr abends, nonkonformistisch um 10 Uhr abends. Grund: Die besseren Leute des Parteiapparates sahen sich um die spätere Zeit jeweils die Television an, und das Radio blieb den Kennern vorbehalten.»

Führungsrolle der Partei kann auch sympathisch verstanden werden

Hat ein Kommunist, der an seinem Arbeitsplatz die führende Rolle der Partei verwirklichen soll, aus dieser Verpflichtung heraus indirekte Zensurbefugnisse? Utitz fasst das nicht so auf: «Ich bin Kommunist. Nun kommt ein Mitarbeiter, der für eine Sendung verantwortlich zeichnet, mit einem Text zu mir. Wenn nun seine Arbeit meiner kommunistischen Auffassung widerspricht, so versuche ich, ihn von der Richtigkeit meiner Ansicht zu überzeugen. Gelingt mir das, so habe ich die führende Rolle der Partei in diesem Fall verwirklicht. Wenn nicht, dann fehlt mir offenbar die Ueberzeugungskraft, welche die Führungsrolle legitimiert, und die Sendung geht in der Form durch den Aether, die mein Mitarbeiter für richtig findet. Die Sache ist schliesslich mit seinem Namen versehen.»

Eine sympathische Definition. Sie entspricht übrigens soweit dem Aktionsprogramm: «Die Kommunistische Partei stützt sich auf die freiwillige Unterstützung durch die Menschen. Sie verwirklicht ihre führende Rolle nicht dadurch, dass sie die Gesellschaft beherrscht, sondern dadurch, dass sie der freien, fortschrittlichen und sozialistischen Entwicklung am treuesten dient. Sie kann sich ihre Autorität nicht erzwingen, sondern muss sie immer aufs neue durch ihre Taten gewinnen. Ihre Linie kann sich nicht durch Verordnungen durchsetzen, sondern nur durch die Arbeit ihrer Mitglieder und die Wahrhaftigkeit ihrer Ideale.»

Nur fehlt hier das konkrete Beispiel, das auf der Ebene eines Radiosendeleiters möglich war. Etwa: Wenn die ehemaligen Sozialdemokraten wieder ihre Partei haben wollen, so versuchen wir Kommunisten, sie davon zu überzeugen, dass das nicht gut ist. Gelingt es uns nicht, so gründen sie halt ihre Partei.»

Doch geht es hier vorderhand nicht um das Problem der politischen Parteien, sondern um das der Pressefreiheit. Und da ist festzuhalten, dass Leute, denen die Partei eine andere Ansicht beizubringen suchte, weiterhin so schreiben, wie es ihnen beliebt, falls die Ueberzeugung nicht geglückt ist. Andere sind freilich zu behutsameren Formeln übergegangen, von der Güte der Argumente überzeugt — lässt sich annehmen.

Reglement betr. Zielscheiben für Witze

Ungültig ist jedenfalls die bündige Anweisung des seinerzeitigen CTK-Direktors Vorel, der 1955 seinen Leuten erklärte: «Auch nicht ein Schatten der Kritik darf auf Partei und Regierung fallen.» Lubos Johanis, seit kurzem Redaktor an der satirischen Zeitschrift «Dikobranz», erinnert sich an dieses Wort aus der Zeit, als er noch auf der tschechoslowakischen Agentur arbeitete. Er weiss auch, dass Vorel im folgenden Jahr (1956, Tauwetter nach dem 20. KPdSU-Kongress) seinen Posten verlor, aber dass sein Motto in Kraft blieb. Für eine satirische Zeitschrift, die «Stachelschwein» heisst, aber die Stacheln nicht aufrichten durfte, galt das ganz besonders. Man nannte sie in den fünfziger Jahren das «Lächeln von Partei und Regierung». Innenpolitische Themen hatten sich noch bis und mit 1966 an Betriebswitze zu halten, und als Vertreter der höchst erreichbaren Ränge wurden dementsprechend fleissig Direktoren anvisiert. So wie das von «Krokodil» bis «Eulenspiegel» auch heute überall der Fall ist. Das Jahr 1967 brachte einen enormen Anstieg an Möglichkeiten (und sofort an Ausstoss, da die Auflage um 100 000 auf 460 000 stieg): Man bewilligte ausdrücklich eine Erweiterung des Schussfeldes bis zum Rang von stellvertretenden Ministern.

Nun, die Karikaturensucher im SOI können bestätigen, dass «Dikobraz» in jenen Zeiten nicht allzu sehr über die Stränge schlug. Aber trotzdem machte die Zensur Schwierigkeiten, und sie selber hatte fast noch mehr. Innerhalb einiger Jahre wurde der Zensor wegen Nachlässigkeit zehnmal ausgewechselt. Womit niemand mehr sagen kann, die Zensur habe willkürlich gearbeitet. Sie wurde auch zensuriert. Der vorletzte Zensor, der nach dem letztjährigen Schriftstellerkongress geschasst wurde, soll der Redaktion besonders wertvolle Tips gegeben haben, wie man die Zensur überlisten könne. Wir haben auf der Redaktion von «Dikobraz» darüber sehr herzlich gelacht.

Wer wem?

Aber auf der Redaktion von «Literarni Listy», der kämpferischen Zeitschrift des Schriftstellerverbandes (der übrigens im Herbst auch eine Tageszeitung, «Lidove Noviny», herausgeben will), hat man für derlei Reminiszenzen nur ein sehr dünnes Lächeln übrig. Denn natürlich besteht die Problematik darin: Wenn man sagen kann, dass der Zensor mit dem Redaktor zusammengearbeitet hat, kann man auch sagen, dass der Redaktor mit dem Zensor zusammengearbeitet hat. Und letzten Endes gab es fast

überall die Hauptsicherung, dass der unmittelbar oder mittelbar durch die KP bestimmte Chefredaktor praktisch als erster Zensor amtierte.

So kam es denn, dass zur «Besitznahme» der Pressefreiheit (gewährt wurde sie nämlich eigentlich von niemandem) drei Faktoren ineinandergreifen mussten, von denen der spontane und völlige Zusammenbruch der Pressezensur nur der zeitlich erste war. Die zwei anderen waren zunächst die Entlassung oder Kaltstellung von «konservativen» Chefredaktoren, ohne Mithilfe der dafür formell zuständigen Stellen, und dann die weit bis sehr weit gehende Emanzipierung der einzelnen Zeitungen von den Herausgeberorganisationen, wie Gewerkschaft, Jugendverband usw.

Ausbruch der Pressefreiheit: Auf einen Schlag — ohne Kommando

Der Vorgang hatte eigentlich etwas Ungeheuerliches, und zwar deshalb, weil er mit einem Schlag wie auf ein Kommando losbrach. Nur, dass niemand ein Kommando gegeben hatte. Das Januarplenum schon gar nicht, obwohl es alles auslöste. Was hatte eigentlich jene berühmte und nachträglich schicksalhaft gewordene Vollsitzung des Zentralkomitees eigentlich getan? Sie hatte die Kumulierung von Staats- und Parteiführung in der Person Novotnys aufgehoben und Alexander Dubcek zum neuen Parteichef gemacht. Das war als faktische Entmachtung eines Diktators gewiss schon viel und liess unter den gegebenen Umständen auch auf eine Entmachtung von Methoden schliessen, die Novotny verkörperte. Aber es implizierte in nichts das Ereignis, welches auf dem Gebiet der Massenmedien eintreten sollte. Von einem Tag auf den anderen hörte die Zensur ganz einfach auf zu funktionieren, obwohl kein Mensch und kein Funktionär sie dazu angehalten hatte. Formell ist ja diese Institution bis zum jüngsten Parlamentsbeschluss vom 25. Juni in Kraft geblieben. Die Beamten sassen weiterhin in ihren Büros in allen Zeitungen. Man unterbreitete ihnen auch weiterhin alle Druckfahnen zur Genehmigung. Aber sie hörten auf zu prüfen und stempelten nur ihr OK, sofern sie sich überhaupt noch diese Mühe machten. Geschlossen traten sie nur noch einmal in Erscheinung: als sie mit einer Eingabe die Aufhebung der Zensur forderten. Sie, die Zensoren! Wie kam es, dass sie das Januarplenum ebenso fraglich als Signal ihrer Ueberflüssigkeit verstanden, wie es die Presseleute als grünes Licht verstanden zu schreiben, was sie wollten?

Die herrschende Einmütigkeit wird durch eine Anekdote über eine Ausnahme illustriert, die Simonek erlebte: In jenen Januartagen wurde der Presse von irgendwoher eine Meldung über Häftlingszahlen in der CSSR zugestellt. In der «Volkszeitung» wurde sie wie üblich — denn das leer gewordene Ritual funktionierte groteskerweise überall — dem Zensor zugestellt, der aus dem alten Reflex heraus die relevante Zahl durchstrich. Die ganze übrige Presse brachte die Meldung unfrisiert, worauf Simonek mit den Belegen zum Zensor ging, um ihm Vorwürfe zu machen. Der Mann war grenzenlos verblüfft: «Aber wie hätte ich wissen sollen, dass Sie mir gehorchen würden!»

So gilt es zu unterscheiden: Die Kapitulation der Zensur vor dem Neuen, das noch nicht definiert war, stellte sich zwar als unmittelbare Folge des Januarplenums ein, aber keineswegs auf dessen Geheiss. Als sich die Parteiführung erneuerte, taten es ihr die Massenmedien sozusagen nach — auf eigene Faust.

Dass der ganze Kontrollapparat der öffentlichen Meinung einfach abdankte, bleibt ein Phänomen, auch wenn es Erklärungen dafür gibt. Die Zensoren fühlten wohl alle Kriterien und Richtlinien ihrer bisherigen Arbeit in Frage gestellt und liessen den Dingen möglicherweise anfänglich aus purer Ratlosigkeit ihren Lauf.

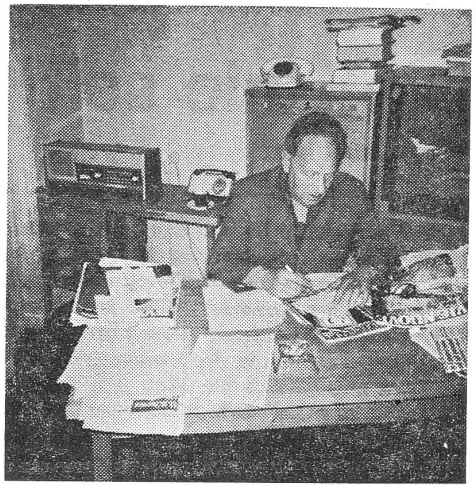
Novotnys Vorarbeit

Und das wiederum hatte seinen Grund in den Vorzeichen, unter denen das Januarplenum, für das ganze Land ersichtlich, zustandegekommen war. Auch wenn wir, etwa mit «Reporter»-Chefredaktor Budin, einen Ursachenkomplex mit den drei Hauptfaktoren Wirtschaft, slowakische Frage und Rebellion der öffentlichen Meinung annehmen, so musste dieser letzte Punkt schon deshalb eine potenzierte Wirkung enthalten, weil hier eben die Einwohnerschaft die ganze Auseinandersetzung (die übrigens als «Material» alle übrigen Themen mit einschloss) am direktesten verfolgen konnte. Hier hatte auch das Regime Novotny in der zweiten Hälfte 1967 bereits eine Schlacht verloren respektive einen als solchen offenkundigen Pyrrhussieg errungen. Zunächst war es ihm nicht gelungen, die aufrührerischen Leute vom Juni-Schriftstellerkongress zur Räson zu bringen. Gezwungen, seine Härte zu zeigen, griff er im Herbst 1967 nicht nur zum Parteiausschluss von Vaculik, Liehm und Klima, sondern auch zur «Beschlagnahmung» der Zeitschrift des Schriftstellerverbandes, «Literarni Noviny», die mit neuer Chefredaktion dem Kulturministerium unterstellt wurde. Mit einem eklatanten Misserfolg, da sowohl die Mitarbeiter als auch die Leser das neue Vehikel boykottierten. Aber noch wichtiger war, so Budin, etwas anderes: Erstmals kristallisierte sich die Solidarität zwischen den progressiven und den konservativen Kräften der öffentlichen Meinung, und zwar gegen Novotny und Hendrych. In einem Fall, welcher ganz spezifisch die Meinungskontrolle betraf, war die Parteispitze von allen ideologisch Getreuen just im Sektor der öffentlichen Meinung verlassen, als es zur komplexen Konfrontation in den ZK-Sitzungen vom Dezember und Januar kam.

Das macht immerhin plausibel, warum es zur totalen Abdankung der Zensur reichte, lange bevor die machtpolitische Entscheidung eigentlich gefallen war. Zu dieser sollte es nämlich erst die «gottgesandte» (Budin) Flucht Sejnas nach Amerika bringen, dank welcher Novotny und seine Leute spektakulär belastet werden konnten, wozu die freigewordene Presse nützliche Dienste leistete.

Die Hausrebellionen

Und dann erst kam auf dem Weg zur Pressefreiheit die zweite Phase: Die «Hausrebellion» der Zeitungen, die das nötig hatten. Hier ging die Gewerkschaftszeitung «Prace» bahnbrechend voran. Sie setzte in einer Versammlung der schreibenden Belegschaft den eigenen Chefredaktor ab, obwohl dazu eigentlich nur der Gewerkschaftsbund als Herausgeber berechtigt gewesen wäre. Aber dieser, das heisst vielmehr seine konservative Führungsspitze, wurde vom mündig gewordenen «Hausorgan» sofort in die Defensive gedrängt. Denn «Prace» machte sich daran, die gewerkschafts- und arbeiterfeindliche Politik der Verbandsmächtigen anzuprangern. Sowohl in Betriebsversammlungen als auch in einer weiteren Oeffentlichkeit wurde nun deren Entlassung verlangt und auch erreicht.



«Reporter»-Chefredaktor Budin: «Da hatte der Herr Mitleid mit uns und gab General Sejna den Gedanken, nach Amerika zu flüchten.»

Hier ist vielleicht vorwegnehmend schon auf eine Symbiose zwischen der neuen Parteiführung und der emanzipierten Presse hinzuweisen. Diese konnte es zufrieden sein, ohne direktes Eingreifen gewichtige Opponenten «von unten herauf» loszuwerden, und jene konnte den Vorgang dazu ausnützen, sich nicht nur von bestimmten Personen, sondern auch von deren Apparat zu lösen, eine Errungenschaft, die von viel nachhaltigerem Wert ist. Heute ist etwa «Prace» praktisch nur noch dem Impressum nach Verbandsorgan, tatsächlich aber vor allem ganz einfach eine Zeitung, die sich dank ihrer «Progressivität» gut verkauft. («Nur dass unsere Druckkapazität wegen der völlig veralteten Einrichtungen mit der Nachfrage nicht Schritt hält», fügt die Redaktorin Mila Polakova bedauernd hinzu, aber das ist ein anderes Problem.)

«Prace» war im Februar sozusagen in Front der neuen Bewegung gegangen, als es seine Spalten dem damaligen Forstminister und jetzigen Parlamentspräsidenten Smrkovsky öffnete, der eine eingehende Orientierung der Oeffentlichkeit über Debatten und Hintergründe des Januarplenums verlangte. Später brachte es unter anderem die tschechische Uebersetzung von Eugen Loebls Buch über seinen Prozess (siehe Beitrag von Michael Csizmas in dieser Nummer) und ist in der letzten Zeit zu einer bevorzugten Zielscheibe von Polemiken aus gewissen «Bruderländern» geworden.

Verbandskonkurrenz im Verbandsorgan

Als «Verbandszeitung» noch ein Stückchen weiter geht heute das offizielle Organ des «Jugendverbandes», die Tageszeitung «Mlada fronta». Sie reserviert etwa Raum für Mitteilungen des Pfadfinderbundes, der deutlich ausserhalb des Verbandes stehenden Jugendbewegung, die seit

(Fortsetzung auf Seite 12)

Gespräche mit Kollegen

(Fortsetzung von Seite 9)

diesem Jahr wieder zugelassen ist, nachdem sie 20 Jahre lang wegen ihres imperialistischen Charakters verboten war. Und sie ist willens, das gleiche mit weiteren Gruppierungen zu tun, die sich ausserhalb des Verbandsrahmen bilden könnten. Denn sie fühlt sich als Forum aller Tendenzen unter der Jugend und nicht als Sprachrohr des Verbandes. Das Verlagshaus von «Mlada fronta» gibt übrigens mittlerweile auch eine Zeitschrift für Pfadfinder heraus. Eine völlige Charakterwandlung hat eine weitere Publikation hinter sich: «Student». Sie war früher ausgesprochen konservativ und ist heute zu einem häufig Aergernis erregenden Exponenten des Nonkonformismus geworden, vor allem durch die regelmässigen Beiträge von Prof. Jan Svitak, dem Gründer des umstrittenen Klubs der Parteilosen.

«Mlada fronta» machte ihre interne Neubestellung des Redaktionsstabes an einer Betriebsversammlung im April durch, bei der geheime Wahlen durchgeführt wurden. Beim Chefredaktor hielt man sich daran, dass dessen Ernennung Sache des Verbandes war. Eine Ausmarchung erübrigte sich ohnehin, weil er sich an die Spitze der Bewegung stellte, obwohl er anscheinend früher, wie man anderswo hört, nicht eben im Ruf eines Neuerers gestanden hatte. Wie dem immer sei, die Selbständigkeit in den einzelnen Ressorts ist auf jeden Fall überall grösser geworden. In «Mlada fronta» etwa wirkt zum Beispiel der Auslandsredaktor trotz seiner Jugend durchaus persönlich zuständig für seinen Aufgabenbereich. Ales Benda zählt 24 Jahre (mit 22 Jahren hat er als Nationalökonom abgeschlossen), trägt Blue Jeans und hat ein Büro, das mit ausländischen Zeitungen jeder Herkunft übersät ist.

«Reporter» ist die Wochenzeitschrift des Journalistenverbandes. Hier war ein Wechsel in der Chefredaktion unerlässlich, denn der alte Amtsinhaber Adolf Hradecki hatte sich unmöglich gemacht, weil er als gleichzeitiger Verbandspräsident letzten Herbst im Namen seiner Organisation auf seiten Novotnys und Hendrychs interveniert hatte (siehe KB, Nr. 7, S. 12). Der neue Chefredaktor Budin ist ein Altkommunist, aber seit 32 Jahren aus der Partei ausgeschlossen. Eine Persönlichkeit von eindrücklichem Format; gewisse physische Aehnlichkeit mit Tarsis. Er spricht eine direkte Sprache, ausserhalb jeden Jargons, ausserhalb sowohl des alten Parteichinesisch als auch der westgefällig neuen Modewendungen. Er hat «Reporter» zu einem Magazin gemacht, das sich mit «Spiegel» oder «Newsweek» vergleichen lässt. Die Auflage stieg von 30 000 zu Beginn dieses Jahres auf 75 000 im Juni. Sie steigt übrigens weiter, während bei den meisten übrigen Blättern nach dem grössten Boom im März/April eine leichte Rückläufigkeit eintrat.

(Fortsetzung folgt)

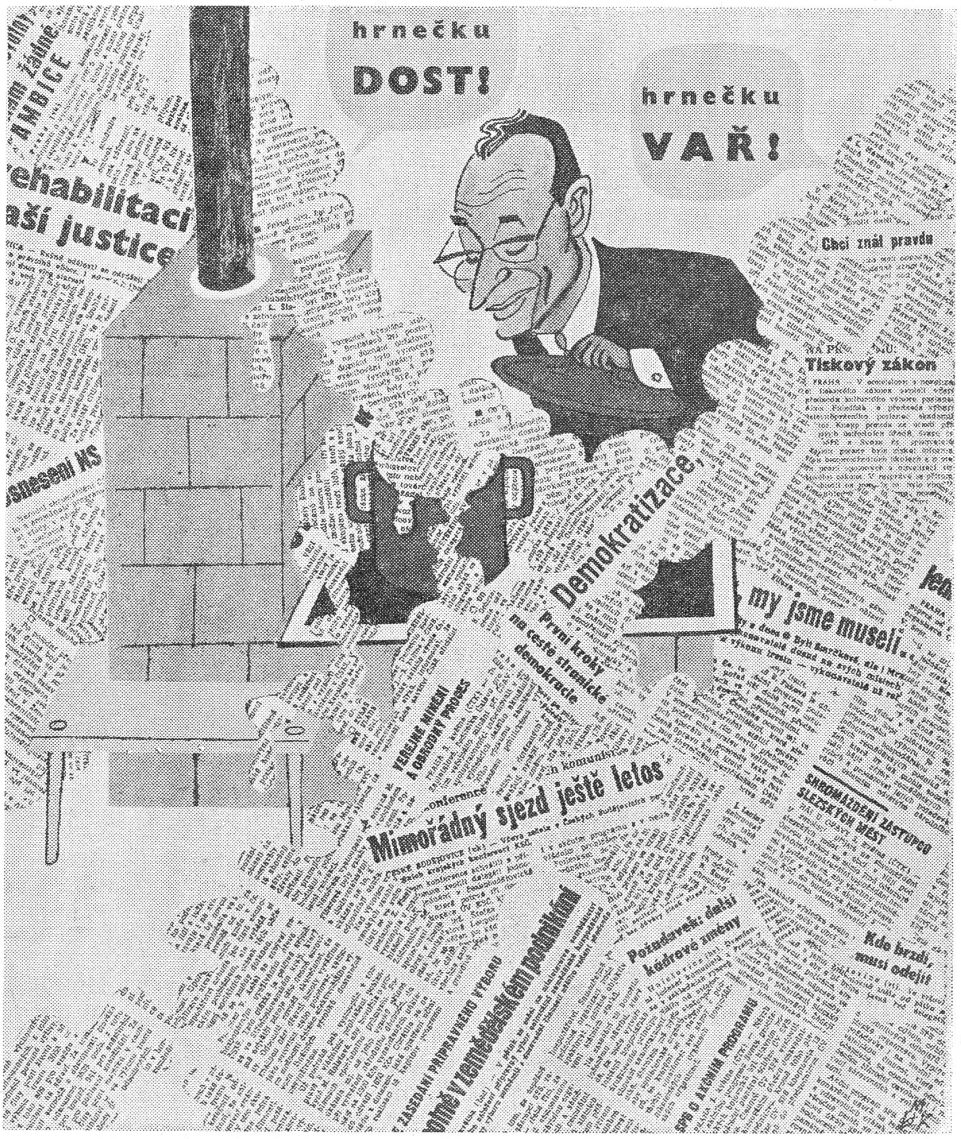
Testfall Prag

(Fortsetzung von Seite 1)

kann, hängt vor allem von der Nervenkraft aller Tschechoslowaken ab, die sogar mit einer militärischen Intervention rechnen müssen. In der Tat kann und darf diese in einer realistischen Betrachtung nicht ausgeschlossen werden. Indem die Sowjetunion jetzt sogar die Prager Führung indirekt als Instrument der Reaktion bezeichnet, wird vermutlich bereits das Fundament für eine offene Intervention gelegt.

Wenn ein sowjetischer Druck politischer oder militärischer Art den nunmehr eingeschlagenen tschechoslowakischen Weg abbricht, wird nachzuholen sein, was allzu lange unterblieben ist: das Ueberdenken — frei von gehässiger Polemik — unseres Verhältnisses zu den kommunistischen Regimes und zu den Völkern unter kommunistischen Regimes. Sollte die Tschechoslowakei dazu gezwungen werden, von ihrem heutigen Weg abzuweichen, so wird die freie Welt daran mitverantwortlich sein. Denn die einen sind nur solange berechtigt, frei zu sein, als sie den Wunsch nach Freiheit der anderen unterstützen.

P.S.



Aus der überschäumenden Presse tönen Dubcek die Rufe zu: «Hör auf mit Kochen» und «Koch weiter» (Dikobraz», Prag).

Mittlerweile ist allerdings auch die Stimme des grossen östlichen Nachbarn zu beachten, der droht, den Topf einzuschmeissen.

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern • Briefadresse: Postfach 2273, 3001 Bern • Telephon (031) 43 12 12 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Abonnementenverwaltung: Oswald Schürch • Inseratenverwaltung: Th. Schöppach • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—) Einzelnummer Fr./ DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 2 • Postcheck 30-24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt a. M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.